

Elisabeth Jeggle

Ihre Stimme in Europa



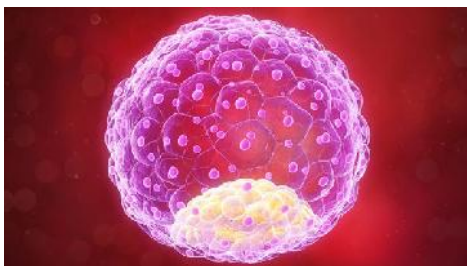
Infobrief aus Straßburg 20. - 24. Mai 2013

Klonen ist medizinisch und ethisch der falsche Weg

Eine Nachricht aus der Medizinforschung bereitet mir aktuell Sorgen: US-amerikanischen Wissenschaftlern ist es gelungen, aus einem geklonten Embryo Stammzellen zu gewinnen. Was für die Forschung ein wissenschaftlicher Erfolg sein mag, ist für mich eine äußerst kritische Entwicklung:

Zum einen sind die medizinischen Risiken einer solchen Vorgehensweise nicht zu unterschätzen. Embryonale Stammzellen können sich nach einer Transplantation unkontrolliert entwickeln, auch mit der Gefahr, dass sich Tumore bilden. Zudem erfordert das Klonen von Stammzellen die Spende von Eizellen. Dies ist ein Eingriff, der für die Frau ein erhebliches medizinisches Risiko darstellen kann. Die Medizin sollte sich vielmehr auf Versuche mit Stammzellen aus dem Körper erwachsener Menschen konzentrieren, die zum Teil sehr erfolgreich verlaufen sind.

Zu den medizinischen Risiken kommen aus meiner Sicht nicht weniger gravierende, ethische Bedenken. Das Klonen eines Embryos mit dem Ziel, ihn anschließend zur Gewinnung von Stammzellen zu zerstören, ist mit meiner Auffassung zum Schutz von Leben und zur Erhaltung der Schöpfung nicht vereinbar. Die Europäische Union sollte den Bestrebungen in den USA meiner Ansicht nach nicht nacheifern, sondern sich auf Versuche mit erwachsenen Stammzellen konzentrieren. Zudem



Quelle: tagesschau.de

müssen wir der Entwicklung entschieden entgegenwirken, die eine gesellschaftliche Akzeptanz dafür schaffen, die Merkmale eines Kindes schon vor dessen Geburt zu bestimmen. Die natürliche Einzigartigkeit eines jeden Menschen muss respektiert und zu erhalten werden.

Tachograph: Forderungen nicht zufriedenstellend erfüllt!

Letzte Woche fanden die abschließenden Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament zum Anwendungsbereich des digitalen Fahrtenschreibers statt. Die Hauptforderung der CDU/CSU-Europaabgeordneten ist, Unternehmen von der Tachographenpflicht weitreichend auszunehmen, deren Haupttätigkeit nicht das Fahren ist (Bsp. Handwerker, Bäcker, Baustellenzulieferer). Diese mittelstandsfreundliche Regelung würde einen großen Erfolg gerade für KMU im ländlichen Raum bedeuten. Stattdessen konnte man sich nur auf eine inakzeptable Minimallösung einigen, nach der

ein Tachograph für "Handwerkerfahrzeuge" erst ab einem Radius von 100km verpflichtend vorgeschrieben würde. Diese Ausnahmeregelung geht uns nicht weit genug. Statt Praxistauglichkeit wird die Verwaltungs- und Kostenlast für KMU erhöht! Ich mache mich dafür stark, dass wir im Plenum diesem Kompromiss nicht zustimmen und darüber in zweiter Lesung neu verhandeln. Zusätzliche Informationen finden Sie [hier](#).

"Olivenölkännchen-Verbot" überflüssig und unsinnig

Der Beschluss der Europäischen Kommission und der Vertreter der Mitgliedsstaaten, offene Kännchen mit Olivenöl in Restaurants in Zukunft verbieten zu wollen ist auf viel



Quelle: tagesschau.de

Unverständnis gestoßen. Auch das Europäische Parlament, das bei dieser Entscheidung nicht beteiligt war, hat mit Kopfschütteln auf diesen Vorstoß reagiert. Die CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament hat direkt nach Bekanntwerden des Vorhabens einen offenen Brief an die Europäische Kommission verfasst, in dem wir die Verantwortlichen aufforderten,

dieses überflüssige Verbot rückgängig zu machen. Die Europäische Kommission hat heute auf unsere anhaltende Kritik reagiert und angekündigt, das Verbot der Ölkännchen nun doch nicht umsetzen zu wollen. Hintergrund war der diese Woche bekannt gewordene Beschluss, demzufolge offene Olivenölkännchen in Restaurants, Bars und im Catering Service ab 1. Januar 2014 verboten werden sollten. Olivenöl hätte demnach nur noch in einem "besonders verschlossenen und nicht wieder auffüllbaren Gefäß" auf dem Tisch stehen dürfen, um die Verbraucher besser vor Betrug mit minderwertigem Olivenöl zu schützen.

Das Verbot wäre nicht nur unsinnig, weil es dem Betrug mit minderwertigem Öl sicher nicht hätte entgegenwirken können, sondern auch, weil ein Mehr an Abfall durch die Einwegverpackungen, einschließlich des darin übrig gebliebenen Olivenöls, produziert worden wäre. Es handelt sich hierbei um einen Rechtsakt, den die Europäische Kommission gemeinsam mit Vertretern der Mitgliedsstaaten auf dem Weg gebracht hat, ohne dabei die Meinung des Europäischen Parlaments berücksichtigen zu müssen. Ich bin erleichtert, dass unser gemeinsamer Einsatz im Europäischen Parlament dazu geführt hat, dass die Vernunft letztendlich gesiegt hat und das Verbot zurückgenommen wurde. Das Statement des Kommissars zur Rücknahme des Vorhabens finden Sie [hier](#).

Fracking: Risiken minimieren, Potentiale erforschen

Auch Energiekommissar Oettinger betonte in den letzten Wochen mehrfach die Notwendigkeit einer europäischen Lösung bei der Energieversorgung. Darüber hinaus warnte er, die Potentiale des Hydraulic Fracturings (Fracking) zu unterschätzen.

Die Technologie des Frackings birgt möglicherweise unkalkulierbare Risiken, weshalb ich dem Schutz von Trink- und Grundwassergebieten oberste Priorität beimesse. In der letzten Woche hat die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf zum Fracking beschlossen. Dank des Drängens meiner baden-württembergischen CDU-Kollegen wurde der Entwurf noch einmal verschärft, sodass das Trink- und Grundwassergebiet Bodensee grundsätzlich ausgenommen wurde. Jedoch sollte das große Potential des Frackings (Beispiel USA) und einer damit einhergehenden größeren Unabhängigkeit von den Weltmärkten nicht vergessen werden. Eine ergebnisoffene Prüfung des Frackings für Europa und Deutschland sowie weitere Forschungsarbeit ist deshalb

unbedingt notwendig. Dabei möchte ich jedoch nochmals betonen, dass das Subsidiaritätsprinzip nach wie vor Anwendung findet und somit allein die Mitgliedsstaaten entscheiden, wie sie mit Fracking umgehen und ob sie die Potentiale auf ihrem Hoheitsgebiet erforschen möchten oder nicht. Weitere Informationen zum Thema Energie finden Sie [hier](#).

Erneuerbare Energien: Gemeinsame Potentiale nutzen!



Quelle: tagesschau.de

Unter Beachtung von Klimaschutzziele sind Erneuerbare Energien ausdrücklich zu fördern. Jedoch bereiten mir steigende Energiepreise und Netzschwankungen Sorgen, wodurch Europas Industrie und in der Folge auch wir als Verbraucher leiden. Aus diesen Gründen kommt von mir ein "JA" zu erneuerbaren Energien, jedoch mit Bedacht auf Bezahlbarkeit und Zuverlässigkeit in der Energieversorgung. Auch bei der Energieversorgung sollten wir einen europaweit abgestimmten Ansatz verfolgen, um eine effektivere Förderung der Erneuerbaren Energien zu erreichen. Deshalb begrüße ich die Entscheidung des Europäischen Parlaments vom letzten Dienstag für einen europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt und einer einheitlichen Förderpraxis für Erneuerbare Energien.



mit herzlichen Grüßen
Elisabeth Jeggler

Elisabeth Jeggler MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Anschrift Europäisches Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

elisabeth.jeggler@europarl.europa.eu

Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggler
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

kontakt@euroeggler.de

**Elisabeth Jeggler,
Mitglied des Europäischen Parlaments**